

Thesenpapier zum 4. Expertenforum „Innere Einheit“

Bestandsaufnahme

1. Die Bevölkerungsstruktur hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Seit den 1970er Jahren fällt die Geburtenrate zu gering aus. Folglich nimmt die Zahl junger Menschen stetig ab, während die Zahl hochbetagter steigt. Diese Entwicklung ist in den nächsten 50 Jahren bei gleichzeitiger Bevölkerungsabnahme unumkehrbar.
2. Innerhalb Deutschlands bestehen, besonders zwischen Ost- und Westdeutschland, regionale Unterschiede. Vor der Wiedervereinigung war die Fertilität ostdeutscher Frauen wesentlich ausgeprägter als bei westdeutschen Frauen. Nach der Wiedervereinigung hat es jedoch in den neuen Bundesländern einen Einbruch der Geburtenrate gegeben. Aktuell gleicht sich die Geburtenrate in Ostdeutschland wieder dem westdeutschen Niveau an.
3. Durch den „Geburtenknick“ im Zuge der Wiedervereinigung, die generelle Bevölkerungsabnahme sowie die Abwanderung von Ost nach West – seit 1990 fast zwei Millionen Menschen – ist eine „halbierte Generation“ entstanden, die auch künftig nicht zu ersetzen ist. Allgemein konzentriert sich die Bevölkerung zunehmend auf Metropolräume, in ländlichen Gegenden liegt eine Bevölkerungsschrumpfung vor.
4. Etwa 55 Prozent der Abwanderer von Ost nach West sind weiblich. Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht in der regionalen Geschlechterstruktur, das u.a. auf Differenzen im Bildungsniveau nach 1990 in den neuen Bundesländern zurückgeführt werden kann. Auffällig ist, dass mehr ostdeutsche Frauen als Männer das Abitur erfolgreich beenden. Dieser Trend gilt auch für Westdeutschland, ist dort aber schwächer ausgeprägt.
5. Während Deutsche mit Migrationshintergrund im Schnitt 2,0 Kinder pro Frau bekommen, fällt die Geburtenrate mit 1,34 Kindern pro Frau bei den Einheimischen deutlich geringer aus. Heute weisen etwa 20 Prozent der 82 Millionen Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund auf, viele davon sind bereits vollständig integriert. Im Ost-West-Vergleich sind die alten Bundesländer auf Grund des größeren Bevölkerungsanteils mit Migrationshintergrund (25 Prozent in West versus fünf Prozent in Ost) deutlich stärker von Segregationsproblemen betroffen.

Fazit: Es ist davon auszugehen, dass Deutschland trotz der begrenzten Aussagefähigkeit von Zukunftsprognosen weiter an Bevölkerung verlieren wird. In Metropolregionen ist allerdings ein Bevölkerungswachstum zu erwarten, was zu Lasten des ländlichen Raumes gehen wird. In Ostdeutschland ist dabei eher von einer Bevölkerungsstabilisierung als von einem Bevölkerungswachstum auszugehen.

Handlungsempfehlungen

1. Ein strategisches und langfristiges Konzept, das etwa die Finanzausstattung und Infrastruktur der Länder und Kommunen berücksichtigt, sollte entwickelt werden, um auf den Bevölkerungsrückgang zu reagieren. Das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld ist hierbei ein erster Schritt, allerdings steht noch nicht fest, ob die Frauen auf Grund des Elterngeldes nur früher und nicht mehr Kinder bekommen.
2. Da die Geburtenrate vor allem durch die Investition eines Landes in die nötige familienpolitische Infrastruktur gesteigert werden kann, sind etwa die Förderung von familienfreundlichen Betrieben oder familienpolitische Steuerentlastungen gute Beispiele für eine kinderfreundliche Politik.
3. Die Unterstützung familienfreundlicher Maßnahmen, wie die Stärkung von Ganztagschulen, kann sich fördernd auf die Fertilität von Frauen in Deutschland auswirken. Die Ansichten zum Thema demografischer Wandel neigen zu Extremen, die ungewollte Effekte nach sich ziehen, beispielsweise die Sorge um Aufrechterhaltung des Jobs. Analysen und Einschätzungen, die sowohl Chancen als auch Risiken des demografischen Wandels realistisch abwägen, sind wünschenswert.
4. Dem Bevölkerungsschwund im ländlichen Raum kann unter anderem durch die Schaffung intakter Dorfgemeinschaften entgegengewirkt werden. Beispielhaft ist das Dorf Gessin, das auf Grund einer Stärkung der Dorfgemeinschaft wieder kulturelle Attraktivität genießt und neue Bewohner zum Zuzug bewegt. Generell müssen Menschen in Dörfern lernen, miteinander leben zu wollen, was die Lebensqualität dort erhöht.
5. Problematisch ist, dass etwa 14 Prozent der jungen Menschen in Ostdeutschland keinen Schulabschluss haben – in Westdeutschland fällt der Anteil mit rund acht Prozent geringer aus. Es muss ein Weg gefunden werden, diese jungen Menschen, die völlig aus der Sozialstaatsstruktur Deutschlands herausfallen, besser zu integrieren und ihnen Zukunftsmöglichkeiten zu bieten.
6. Durch eine moderne Familienpolitik, die vor allem Betreuungseinrichtungen und finanzielle Erleichterungen für Eltern fördert, kann vieles bewegt werden. Zusätzlich ist eine gezielte Zuwanderung in bestimmten Branchen notwendig, um den entstehenden Fachkräftemangel auszugleichen. Hierzu sind Anwerbungsmaßnahmen, wie in anderen Einwanderungsländern, notwendig.
7. Die Schaffung eines familienfreundlichen Klimas durch die öffentliche Kommunikation ist notwendig, um dem Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.